A1 Leitantrag: Solidarisch wirtschaften, gerecht besteuern, klimaneutral handeln, für eine Zukunft, die allen gehört!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	07.11.2025
Tagesordnungspunkt:	8 Anträge

Antragstext

Unsere Zeit ist geprägt von tiefen Krisen: Klimakrise, soziale Spaltung und wirtschaftliche Unsicherheit. Während wenige Vermögende von Rekordgewinnen profitieren, kämpfen viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten und unsicheren Jobs. Gleichzeitig gefährdet die ökologische Zerstörung unsere gemeinsame Lebensgrundlage. Wir als Grüne Jugend Saar sagen klar: Ein Wirtschaftssystem, das Profit über Mensch und Umwelt stellt, hat keine Zukunft. Wir brauchen einen solidarischen, gerechten und ökologischen Wandel, der Wohlstand neu definiert, nicht über Wachstum um jeden Preis, sondern über Lebensqualität, Teilhabe und Nachhaltigkeit.

Solidarisch wirtschaften statt Profite privatisieren

Solidarisches Wirtschaften bedeutet, dass wirtschaftliche Entscheidungen am Gemeinwohl und nicht an kurzfristigen Profiten ausgerichtet werden. Im Saarland heißt das: Wir gestalten den Strukturwandel aktiv, sozial gerecht, ökologisch und demokratisch.

Wir fordern konkret:

Landeseigene Beteiligungsgesellschaft für nachhaltige Transformation: Das Saarland soll eine Saarländische Transformationsagentur gründen, statt nur einen Sonderbeauftragten zu beschäftigen der der Herausforderung der Aufgabe nicht gerecht wird. Die Betriebe müssen bei der ökologischen Umstellung unterstütztb werden, mit Beratung, öffentlicher Beteiligung und finanzieller Förderung, wenn sie soziale und ökologische Standards einhalten.

Förderung regionaler Kreislaufwirtschaft: Statt Wegwerfproduktion setzen wir auf Reparatur, Wiederverwendung und regionale Wertschöpfung. Das Land soll regionale Reallabore aus dem Transformationsfonds fördern, in denen Abfall als Ressource genutzt wird, etwa im Maschinenbau, der Stahlindustrie oder in der Bauwirtschaft. Konkret soll eine Landesweite Reparatur-Bonus-Förderung am Beispiel Thüringens eingeführt werden (z. B. bis 100 € Zuschuss pro Reparatur von Elektrogeräten).

Ausbau der Gemeinwohlökonomie im Saarland: Öffentliche Förderungen am Beispiel der SIKB sollen an Gemeinwohlbilanzen gekoppelt werden. Die öffentliche Investitionsförderungsbank verankert eine Gemeinwohlprüfung in ihren Förderprogrammen: Punkte für ökologische, soziale und mitbestimmte Unternehmensführung. Unternehmen, die faire Löhne zahlen, Ressourcen schonen und demokratisch organisiert sind, sollen bevorzugten Zugang zu Fördermitteln bekommen.

Rückführung zentraler Infrastruktur in öffentliche oder genossenschaftliche Hand: Energie, Wasser und ÖPNV gehören zur Daseinsvorsorge. Wir fordern, dass das Land gemeinsam mit Kommunen öffentliche Stadtwerke und

Energiegenossenschaften stärkt und weiter ausbaut. Wichtig ist außerdem eine verbindliche Deckelung für die privaten Anbieter. Vor allem bei der klimafreundlicheren Fernwärme muss ein Energiekostenwucher verhindert werden.

Faire Arbeitsbedingungen in der Transformation: Bei öffentlichen Aufträgen muss gelten: Tariflohn, Mitbestimmung und Klimaverträglichkeit sind Pflicht. Das Saarland kann hier über eine ambitioniertes Novelierung des Landesvergabegesetz klare Standards setzen. Gelingen kann das durch einen Kontrollmechanismus über eine neue „Vergabestelle für Nachhaltigkeit" im Wirtschaftsministerium und eine Verpflichtende jährliche Berichterstattung im Landtag über soziale und ökologische Wirkung öffentlicher Aufträge.

Solidarische Landwirtschaft und regionale Ernährung: Wir wollen eine Landwirtschaft, die ökologisch, tiergerecht und sozial ist. Das Land soll Kooperationen zwischen Landwirtinnen, Kommunen und Verbraucherinnen (z. B. solidarische Landwirtschaft, regionale Lieferketten) aktiv fördern. Als Maßnahme sollen landeseigene Flächen vorrangig an ökologische und solidarische Betriebe verpachtet werden.

Soziale Innovationsförderung: Start-ups, die ökologische oder soziale Probleme lösen z. B. Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität oder soziale Teilhabe, sollen durch ein „Green & Social Start-up Programm Saar" gezielt unterstützt werden. Wichtig ist hier die Kooperation mit Hochschulen und Wirtschaftsfördergesellschaften zur Vernetzung von nachhaltigen Gründungen und zur Gewährsleistung das diese Innovationen im Saarland verankert bleiben.

Solidarisches Wirtschaften im Saarland heißt, dass niemand durch den Wandel zurückgelassen wird. Wir wollen ein Land, das nicht nur Industrieregion ist, sondern Vorreiter für eine klimagerechte, demokratische und faire Wirtschaft.

Steuergerechtigkeit für eine gerechte Zukunft

Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation braucht Mut zur Umverteilung. Es ist ungerecht, dass Großkonzerne und Superreiche Steuertricks nutzen, während Beschäftigte und kleine Betriebe die Hauptlast tragen.

Wir fordern:

Wiedereinführung einer Vermögenssteuer: Für eine gerechte Beteiligung der Reichsten an der Finanzierung der Zukunft. Schließung von Steuerschlupflöchern und konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und -flucht.

Ökologische Steuerreform, die klimaschädliches Verhalten unattraktiv macht und nachhaltiges Handeln belohnt. Dabei wollen wir gesamtgesellschaftlich denken mit einer Klimadividende für Bürger*innen. Ein Teil der Einnahmen aus CO_2-Preis und Energieabgaben wird als Klimaprämie pro Kopf ausgezahlt und das nach Einkommen sozial gestaffelt. Das Geld muss die erreichen die unter den Folgen der Transformation und des Klimawandels am meisten leiden.

Mehr Investitionen in Bildung, Klima- und Sozialpolitik: Finanziert durch gerechte Steuern statt durch Kürzungen.

Klimaschutz als Grundlage für Gerechtigkeit

Klimaschutz ist keine Zusatzaufgabe, sondern die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Wer heute in Klimaschutz investiert, schützt die Lebensgrundlagen kommender Generationen, auch im Saarland.

Wir setzen uns ein für:

Einen sozial gerechten Strukturwandel im Saarland, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft, in erneuerbaren Energien, nachhaltiger Mobilität und Kreislaufwirtschaft.

Eine klimagerechte Industriepolitik, die ökologische Innovationen fördert statt fossile Abhängigkeiten verlängert.

Energie als Gemeingut: Dezentral, erneuerbar, demokratisch organisiert, Bürgerenergie statt Konzernmacht. Wichtig dafür ist unter anderem ein Landesbeteiligungsprogramm für Bürgerenergie. Kurzum, das Land stellt Startkapital bereit, damit Bürger*innen und Kommunen Genossenschaften für Wind- und Solarprojekte gründen können.

Solidarität ist Klimaschutz und Klimaschutz ist Gerechtigkeit !

Wir kämpfen für eine Wirtschaft, die nicht auf Kosten anderer funktioniert, weder auf Kosten der Umwelt, noch auf Kosten globaler Gerechtigkeit. Die sozial-ökologische Transformation gelingt nur, wenn sie solidarisch gestaltet wird.

Wir als Grüne Jugend Saar fordern:

- Ein Ende der fossilen Subventionen und einen sozial gerechten CO_2-Preis.
- Eine saarländische Wirtschaftspolitik, die lokale Wertschöpfung, ökologische Innovation und soziale Verantwortung verbindet.
- Eine klare Haltung gegen Kürzungspolitik, denn Zukunft lässt sich nicht kaputtsparen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor dem Monatsende haben muss und niemand Angst vor der Zukunft des Planeten. Wir wollen Solidarität statt Konkurrenz, Gemeinwohl statt Profitlogik, Klimagerechtigkeit statt Klimakrise. Wir sind die Generation, die Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammendenkt, solidarisch, feministisch und radikal ökologisch.